

Annaburger Zeitung

Wochenblatt für Annaburg und die umliegenden Gemeinden

Erscheint wöchentlich dreimal, am Dienstag, Donnerstag und Sonnabend, nachm. 3 Uhr.
Bezugspreis wird monatlich festgelegt.
Bestellungen nehmen alle Postämter und die Zeitungsverleger, die Zeitungsboten und die Geschäftsstelle Zörgenricher, 3. Anger.
In Fällen höherer Gewalt, Streik, Betriebsstörung usw. erlischt jeder Anspruch auf Lieferung beim Rückzahlung des Bezugspreises.

Amthliches
Publikations-Organ



für Amts- und
Gemeinde-Behörden

Die Anzeigengebühr beträgt für den 1 Millimeter hohen Raum 5 Goldpfennig, für außerhalb Wohnende 7 Goldpfennig, für Anzeigen im amtlichen Teil 10 Goldpfennig, im Beilagenblatt 30 Goldpfennig, einseitig, Umfassung, Schriftgröße und tabellarischer Satz mit Ausschlag.
Anzeigen-Aufnahme bis Dienstag, Donnerstag und Sonnabend vormittags 8 Uhr, Anzeigen größeren Umfangs werden tags vorher erbeten.
Telegr.-Adresse: Zeitung Annaburgbezahle.

Fernsprech-Anschluss Nr. 224.

Nr. 132.

Dienstag, den 5. November 1929.

32. Jahrg.

Das Volksbegehren angenommen

Ergebnis des Volksbegehrens.
10,06 Prozent.

Nach dem beim Reichstagswahltag bis zum 2. November, abends, eingegangenen Meldungen stellt sich das Ergebnis wie folgt: Zahl der Stimmberechtigten 41 073 459, Zahl der Eintragungen 4 133 812, mithin Beteiligungsziffer 10,06 Prozent. Gemessen an der Gesamtzahl der Stimmberechtigten (41 278 897) lagen die Eintragungsziffern aus 99,50 Prozent des Reichsgebietes vor. Es fanden noch aus die Ergebnisse aus zehn Gemeinden des Stimmbereiches Nr. 24 (Oberbairern-Schwaben) mit rund 1770 Stimmberechtigten und aus Teilen des Stimmbereiches 25 (Wiederbairern) mit rund 203 670 Stimmberechtigten. Für die übrigen 33 Stimmbereiche lagen die vorläufigen Eintragungsergebnisse vollständig vor.

Das wichtigste vorläufige Ergebnis wird nach der Feststellung noch durch den Wahlprüfungsausschuss durchgearbeitet und nach dieser Durchsicht erfolgt die endgültige amtliche Bekanntmachung, wenn auch alle etwaigen Einsprüche und Beschwerden erledigt sind.

Hinter über die Staatsform.

In einem am Sonnabend veröffentlichten Artikel rügt der Nationalsozialist die Haltung des Kronprinzen Ansprecht zum Volksbegehren und erklärt, die nationalsozialistische Bewegung habe bisher die Frage Monarchie oder Monarchie nicht berührt. Wenn aber die Monarchie selbst wenig Wert auf eine solche Entscheidung legen, dann werde das der Anlass sein, eine gründliche Überprüfung der nationalsozialistischen Einstellung vorzunehmen. Hinter hatte es bei solchen Erfahrungen für richtig, von nationalsozialistischer Seite die Republik als Staatsform eindeutig anzuerkennen und nur der Novemberdemokratie den rücksichtslosesten Kampf anzulegen und weiter durchzuführen.

Das Echo der Presse.

Der Ausgang des Volksbegehrens hat in der gesamten Tagespresse eine weitgehende Beachtung gefunden. Die meisten Blätter erörtern die Frage „Was nun?“ Einzelne Zeitungen begnügen sich freilich damit, das Resultat selbst zu feststellen.

So spricht der deutschnationale Berliner Lokal-Anzeiger von den enttäuschten Hoffnungen der Väter an Dielettern der Aktion des Reichsausschusses. Er meint weiter: „Es ist leicht zu erwidern, wie ganz anders noch äußerlich und innerlich der Sieg des Volksbegehrens sich darstellen würde, wenn nicht die von oben herab verordnete, verhängnisvolle Fehler ... Millionen von Deutschen des ihnen in der Verfassung von Weimar verbürgten grundlegenden staatsbürgerlichen Rechtes beraubt worden wären.“

Die Deutsche Tageszeitung sieht im Ergebnis des Volksbegehrens zwei politische Dinge: den erfolgreichen inmerpolitischen Abwehrkampf gegen die rote Diktatur und die „nachhaltige Gehe außerparlamentarischen Widerstandes“. Dagegen bemerkt das Blatt, daß das Volksbegehren „eine Frontstellung im deutschen Volk gestiftet hat, die ... vollkommen unzureichend ist.“ Bei der Einleitung des Unternehmens habe man doch „Mangel“ Stimmungen und Zuspänerhalten nicht ausreichend abgesehen, sondern der Parteiorganismus einen zu großen Raum gewährt.

Die Berliner Völkische Zeitung, das Organ der deutschnationalen eingetragenen Reichsvereine, weist auf „das wichtige Verlangen des dichtbelebten Reichs und Südens“ hin. „Das Blatt meint weiter, es werde sich nun erheben, ob die Energie, die es in der realpolitisch eingeleiteten Reihen der Reden gab, jetzt den richtigen Ausfluß fänden.“

Aber die Folgerungen, die sich aus der Annahme des Volksbegehrens ergeben, läßt sich die der Deutschen Völkische nachschonende Deutsche Allgemeine Zeitung angeben: „Wie die Dinge jetzt liegen, besteht die große Gefahr, daß die Außenpolitik die Zucht verliert. ... Es wäre höchst schädlich, wenn die Regierung überreizt ... das täglich dreimalige Tob des Young-Planes fortsetzen ließe.“ Das Hauptanliegen des Journalismus, die Germania, gibt als Dummheit über Betrachtungen den Bedauern darüber Ausdruck, daß unser politisches Leben den zersetzenden Stampf noch einmal ertragen muß. Er wird ... so erwartet das Blatt die Front der Vereinigten nur noch enger zusammenzuführen als bisher.“

Zu der gleichen Folgerung kommt die demokratische Völkische Zeitung: Sie sagt: „Nach Monate hindurch wird diese Verurteilung dauern. Noch weiter werden Tag für Tag Anzeichen von Schwärm über das Land ausgeföhrt werden.“

Das demokratische Berliner Tageblatt, das an einem negativen Ausfall des etwaigen Volksbegehrens nicht zweifelt, kommt zu ähnlichen Schlüssen. Es heißt da: „Die deutschen Reichsvereine sind vielleicht beunruhigt bei dem

Gedanken, daß die Fortdauer der Agitation, die Herr Dugener mit Hilfe des reichen Erben und des Herrn Böger ... veranstaltet, dem Geschäftsleben neuen, schweren Schaden zufügen wird.“

Der Völkische, das Organ der Sozialdemokratischen Partei, spricht von „Zerfall, der auf dem Sande für den Ausfall des Volksbegehrens aufzulagebend gewesen sei, und meint: „Bei der Geheimabstimmung des Reichsausschusses werden die Herrschaften sich fragen, wie die Unterzeichner geblieben sind, wie sie jetzt verständig Umfragen nach den fehlenden eigenen Wählern halten müssen.“

Die erste Etappe.

Es war ein harter, erbitterter Kampf, es war ein Rennen, bei dessen „Zielfisch“ die Gegner des Volksbegehrens und seine Befürworter loszulegen „Kopf an Kopf“ dem Ziele zustrebten. Wer macht das Rennen? Krigen die Freunde des Volksbegehrens die notwendigen 4 1 Millionen Stimmen oder behalten die Propaganda im Gegenlager recht, die — was für diese allmähliche Reflexion des Endresultats überaus bezeichnend ist — noch in letzter Stunde das Scheitern des Volksbegehrens glaubten voraussetzen zu können? So fragte man sich immer und immer wieder, so — wurde man gefragt und wollte doch nichts. Mühte als vornehmer Mann an dessen immer nur antworteten: „Wahrscheinlich, bis das Resultat da ist!“

Und das ist nun der für das Weiterreichen des Volksbegehrens Gegenwärtigen notwendigen Stimmen sind in genügender Zahl abgegeben, die 4,1-Millionen-Grenze ist noch etwas überschritten worden und die begriffliche Spannung ist gelöst. Begreiflich natürlich ist auch die Befriedigung, mit der von den Urhebern und Freunden des Volksbegehrens die Entscheidung begrüßt wird.

Und immer wieder betonen die Freunde des Volksbegehrens, daß dieser für die Lösung erlangten worden ist gegen große und unvermeidete Widerstände. Doch auch auf dieser Seite verläßt man nicht die Augen davor, daß es den hinter dem Volksbegehren stehenden Parteien nicht gelungen ist, alle jene zur Einseitigkeit zu veranlassen, die bei der letzten Reichstagswahl ihre Stimmen für jene Parteien abgegeben haben.

Aber das Gelingen des Volksbegehrens ist für nur eine Etappe auf einem noch längeren Wege. Die erste Etappe ist nun erreicht. Die Voraussetzung muß erst einmal das genaue Resultat endgültig festgestellt werden; ist das geschehen, so muß die Reichsregierung dem Reichstag seinen ausgearbeiteten Gegenentwurf zuleiten, der dem Volksbegehren zugrunde lag, also das „Freiheitsgesetz“, wie seine Überschrift lautet. Geldzeitung damit aber geht dem Reichstag eine Zeitlang darüber zu, um sich die Meinung über die in diesem Gegenentwurf enthaltenen Vorschläge. Wie diese Zustimmung ausfallen wird, ist ja durch die politische Zusammenfassung der Reichsregierung und durch ihre bisherige Haltung dem Volksbegehren gegenüber natürlich schon deutlich genug fundieren. Das gleiche gilt wohl auch von der Mehrheit des Reichstages, die ja hinter der Regierung steht, so daß man die Wirkung des Gegenentwurfs durch den Reichstag als sicher beschreiben kann.

Dann kommt der Volksentscheid, muß kommen, wenn der Reichstag den Gegenentwurf nicht annimmt. Man wird wohl damit rechnen können, daß dieser Volksentscheid stattfindet, ehe im Reichstag selbst der Young-Plan zur Beratung kommt. Aber natürlich wird den beiden Gegnern Zeit gelassen werden, sich zu diesem Entscheidungstag zu rüsten, wie wir es vor dem Volksbegehren erlebt haben. Durch öffentliche Agitation werden die Befürworter des Gegenentwurfs alles darauf vorbereiten haben, um die sündhafte Zahl der jetzt zur Unterzeichnung des Volksbegehrens Veranlaßten beim Volksentscheid zur Stimmabgabe zu bringen. Denn beim Volksentscheid muß sich die einfache Mehrheit der Stimmberechtigten an der Abstimmung, dem „Ja“ oder „Nein“, beteiligen. Nur bei der Abstimmung, die eine Verfassungsänderung bezweckt, ist auch die Zustimmung der Mehrheit der Stimmberechtigten notwendig.

Von den Gegnern des im Volksbegehren geforderten und nun dem Volksentscheid unterliegenden Gegenentwurfs dürfte — wie es bereits beim Volksentscheid über die so, Vorkaufserfrage geschah — die damalige Zahl wieder bezogen werden, Stimmhaltung zu proklamieren, um auf diese Weise zu verhindern, die Mehrheit der Stimmberechtigten von der Stimmabgabe fernzuhalten; denn doch rund 20,5 Millionen beim Volksentscheid überhaupt abstimmen, um der verfassungsmäßigen Forderung Genüge zu tun. Das ist die erste und wichtigste Voraus-

Meine Zeitung für eilige Leser

* Am Mittwoch findet eine Besprechung des Reichsausschusses mit den Führern der Regierungsparteien statt, in der dem Reichsausschuss nach über die Umwidmung des Reichsausschusses aufgegeben werden soll.

* Bei den Gerichten ist eine Notiz über Geheimtöne entbunden worden, aus denen hervorgeht, daß hohe städtische Beamte von Starcks Zuwendungen erhalten haben.

* Bei der Landung des Luftschiffs „Graf Zeppelin“ in Friedrichshafen ereignete sich ein Unfall. Ein Mitglied der Beobachtungskommission wurde von dem wieder hochgehenden Luftschiff mit emporgeworfen, stürzte aus 12 Meter Höhe ab und erlitt schwere Verletzungen.

setzung. Ist sie wirklich erfüllt, dann würde aus dem Gegenentwurf des Volksbegehrens sich ergeben, wenn die Mehrheit jener 20,5 Millionen mit „Ja“ gestimmt hat. Das zu erreichen, also genügend Stimmberechtigten in die Abstimmungskolonne zu bringen und sie dann zum „Ja“ zu veranlassen, dafür dürften der Reichsausschuss für das Volksbegehren und die hinter ihm stehenden Parteien schon beim Ausbruch zu dem Entscheidungstag, also wohl sehr bald, alle Kräfte einlegen.

Die Umwidmung der Reichsregierung.

Wird Dr. Curtius definitiv ernannt?

Am Mittwoch, den 6. November, sind die Führer der Regierungsparteien von Reichsanwalt Müller zu einer Konferenz zusammenberufen worden. In manchen Kreisen wird angenommen, daß in dieser Sitzung amzüglich die Bestellung des Ministers Dr. Curtius zum Reichsausschussminister als Nachfolger Dr. Stresemanns vereinbart werden soll. Somit müßte auch schon ein Erlaß für Dr. Curtius im Reichswirtschaftsausschuss, des Dr. Curtius bisher verwaltete, gefunden sein. Das den rum soll allerdings noch an besonderen Wünschen festhalten. Es müßte bekanntlich seinen Vertreter aus dem Reichsausschuss zum Reichsausschuss ernennen, dafür aber an anderer Stelle ersatzfähig werden. Die Volkspartei möchte in das Reichswirtschaftsausschuss ihren Angehörigen, den Abgeordneten Albert, einbringen.

In der Besprechung soll auch über die Frage des Reichstagszusammentritts verhandelt werden, der für Anfang Dezember geplant ist. Völlig dürfte der Reichstag dann zunächst über den durch das Volksbegehren geforderten Gegenentwurf beraten.

Die Eintragungen für das Volksbegehren betragen nach den bis Montag eingelangten Meldungen 4 133 812, was also 10,04 Prozent der gesamten Stimmberechtigten betriege. In folgenden Wahlkreisen hat das Ergebnis eine Änderung erfahren: Niederbairern 19 041 Stimmen gleich 2,4 Prozent, Berlin 95 636 gleich 6,21 Prozent, Breslau 161 296 gleich 13,32 Prozent, Danzig 110 602 gleich 11 Prozent, Thüringen 240 837 gleich 16,31 Prozent, Südbannover und Braunschweig 143 516 gleich 11,02 Prozent, Düsseldorf-Ost 29 371 gleich 2,01 Prozent, Baden 32 805 gleich 2,16 Prozent und Oberbairern-Schwaben 68 904 gleich 4,28 Prozent.

Der Führer der Deutschpolnischen Arbeitspartei, Wille, hat den Reichsausschuss für das Volksbegehren aufgefordert, die einverwandten Parteien im Reichstag zu einem Antrag zu veranlassen, daß die Unterzeichnung einer für Deutschland bindenden Verpflichtung auf der Grundlage des Young-Planes erst nach volgerener Räumung des Rheinlandes erfolgen dürfe und daß das Abkommen außer Kraft tritt, solange deutsches Gebiet wieder besetzt oder die Unantastbarkeit des deutschen Gebietes irgendwie verletzt wird.

Gewerkschaften zum deutsch-polnischen Handelsvertrag.

Telegramm an das Auswärtige Amt.

Die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterbewegung der Provinz Niederschlesien, insbesondere der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, Ortsausschuß Breslau, der Deutsche Gewerkschaftsbund, Landesausschuß Niederschlesien und der Gewerkschaften Deutscher Arbeiter, Angestellten- und Beamtenverbände hat in einem an das Auswärtige Amt gerichteten Telegramm den Wunsch ausgesprochen, im Hinblick auf die ernste wirtschaftliche Lage, die dringender Abhilfe bedürfte, die Verhandlungen für den Abschluß des deutsch-polnischen Handelsvertrages von deutscher Seite mit aller Energie alsbald einem glücklichen Ende entgegenzuführen.

Verbilligung des Geldes.

Ermäßigung des Reichsbankdiskonts um 1/2 Prozent.
Der Zentralauschuß der Reichsbank hat unter Vorbehalt des Reichsbankpräsidenten Schacht beschlossen, den Reichsbankdiskont von 7% auf 7 Prozent und den Kontobarfuß von 8% auf 8 Prozent zu ermäßigen. Damit ist ein lange gehegter Wunsch der deutschen Wirtschaft auf Verbilligung des Geldes erfüllt worden.

An den wichtigsten Geldplätzen der Welt, in New York, London und Amsterdam, waren die Diskontsätze vorher gekürzt worden, und da der letzte Reichsbankausweis eine Erhöhung zeigte, die auch ohne die vorerwähnten fremden Herabsetzungen eine Diskontermäßigung gefordert hätte, so hat man diese für die augenblickliche schwierige Wirtschaftslage sehr notwendige Verbilligung der Geldsätze vorgenommen.

Gegen ein drohendes Roggenmonopol

Eingabe an den Reichsernährungsminister.
Der Reichsverband des deutschen Groß- und Überseehandels gibt bekannt, daß er an den Reichsernährungsminister Dr. Dierich nachdrücklich Telegramm gerichtet habe: „Wie wir hören, werden gegenwärtig Verhandlungen geführt, um zwischen der Deutschen Getreidehandelsgesellschaft und dem Schweizerkonglomerat eine enge Verbindung herzustellen. Das Ziel dieser Verhandlungen soll offenbar sein, die Ausschließlichkeit bei den Umsätzen der Getreidehandelsgesellschaft für den Konzern sicherzustellen. Nicht nur der Getreidehandel, sondern der gesamte deutsche Handel liegt in diesen Bestrebungen eine außerordentliche Gefahr für die Schaffung eines tatsächlichen privaten Getreidemonopols mit öffentlichen Mitteln. Wir ersuchen Sie, die Aufmerksamkeit des Herrn Reichsernährungsministers auf diese Zusammenhänge einbringend zu lenken und bitten um Anberaumung von mündlichen Verhandlungen, bevor in dieser Angelegenheit irgendwelche entscheidenden Bindungen dorwärts zugelassen werden. Der Reichsfinanzminister, der Reichswirtschaftsminister, die preussischen Minister und die Fraktionen des Deutschen Reichstages sind entsprechend erfragt worden.“

Seberings Strafantrag gegen Hugenberg.

Nach amtlicher Mitteilung sind im Berliner Lokalanzeiger (Morgenausgabe vom 31. Oktober 1929) und in einer Anzahl anderer in Berlin und auswärts erscheinender Blätter in einem von Sebering Finanzrat Dr. Hugenberg, Mitglied des Reichstags, verfaßten Artikel schwere Beschuldigungen gegen die mit der amtlichen Feststellung des Eintragungsergebnisses beim Volksbegehren „Freiheitsfeier“ befaßten Beamten ausgesprochen worden. In dem Artikel finden sich folgende Sätze: „Ist die Schmach gewonnen oder verloren? Der sozialistische Reichsernährungsminister will es uns erst am 6. November verraten. Hoffentlich wird inzwischen nicht allzuweit, retuschiert.“ Gegen den Inhalt des Artikels heißt es: „Aber wir haben den Kampf aufgenommen und hoffen Gutes von ihm für unser Land und Volk.“ Das Ministerium hat dem Reichsernährungsminister beim Volksbegehren beantragt: „Der Reichsminister des Innern hat wegen der in diesen Tagen enthaltenen Beleidigung der ihm unterstellten mit der Ermittlung des Eintragungsergebnisses befaßten Beamten Strafantrag gestellt.“

Oberbürgermeister Böß beurteilt.

Eröffnung des Disziplinarverfahrens.
Nach amtlicher Mitteilung hat der Oberpräsident der Provinz Brandenburg und von Berlin persönlich den Oberbürgermeister Böß über die gegen ihn eroberten Beschuldigungen vernommen und dem Antrag des Oberbürgermeisters entsprechend das förmliche Disziplinarverfahren eröffnet.

Zum Untersuchungsleiter ernannte der Oberpräsident den auch in den sonstigen Disziplinarfällen fungierenden Obergerichtspräsidenten Dr. Wolff. Dem Antrag des Oberbürgermeisters Böß auf Beurteilung hat der Oberpräsident zunächst auf vier Wochen entprochen. In sämtlichen eröffneten Disziplinarverfahren aus Anlaß Elzars ernannte der Oberpräsident den Obergerichtspräsidenten Dr. Göde zum Beamten der Staatsanwaltschaft.

Neue Geheimfonten der Elzars.

Zuwendungen an „Schüler“, „Schimmel“ und „Sammel“.
In den letzten Tagen ist es der Berliner Polizei und der Staatsanwaltschaft gelungen, Aufzeichnungen über Geheimfonten der Gebrüder Elzars zu finden, durch die nicht nur die drei Brüder, sondern auch Mitglieder der Berliner Stadtverwaltung und hiesiger Behörden auf das allerstärkste kompromittiert werden. Die Elzars haben, um die Namen prominenter Kunden oder guter Freunde zu verschleiern, sich bei der Bezeichnung der Konten verschiedener Decknamen bedient. Hinter der Bezeichnung „Gustav“ hat man einen leitenden hohen Beamten der Berliner Stadtverwaltung zu suchen, während hinter der Bezeichnung „Sammel“ sich ein Beamter der Stadtkasse verbirgt, dessen Konto allerdings nicht allzu hohe Beträge aufweist. Für den kommunikativen Stadtrat Gabriel hatte man den Namen „Gabriel“ gewählt, während der kommunikalische Stadtrat Degner den Decknamen „Dolph“ erhielt. Für den Bürgermeister Schneider wählten die Elzars das Pseudonym „Schuker“. Das Konto des Stadtbankdirektors Schmitt wurde mit „Schimmel“ bezeichnet. Stadtrat Ziegler hat monatlich 2000 bis 2500 Mark von den Gebrüder Elzars erhalten. Das Konto „Gabriel“ weist noch höhere Summen auf, und der Beamte mit dem Decknamen „Schimmel“ hat Zuwendungen erhalten, die die Beträge der beiden oben genannten Personen ganz erheblich übersteigen. Das Konto „Gustav“ weist im wesentlichen die Summen auf, die für geleistete Kleinarbeiten an eine familiäre Familienmitglieder eingeleistet worden sind, während sich allerdings noch Aufzeichnungen über größere Summen. Die Geheimfonten werden vom Untersuchungsrichter jetzt unter Zuguhilfe gewiezier Sachverständiger und erfahrener Kriminalisten weiter nachgeprüft.

Schwere Angriffe gegen den Berliner Verkehrsdirektor.

Von der kommunistischen Presse werden in gewissen Zusammenhang mit der Elzars-Affäre schwerwiegende Vorwürfe gegen den Stadtdirektor Vrolat, den jetzigen Direktor der Berliner Verkehrsgesellschaft, erhoben. Die Vorwürfe beziehen sich auf die Tätigkeit Vrolats als Direktor der Berliner Brennstoffgesellschaft in den Jahren 1924/25. Bei der Besetzung hiesiger Ämter und Stellen sollen nach diesen Vorwürfen minderwertiges Holz und Kohlen abgegeben worden sein, während die Rechnungen über wertvolles Material ausgefüllt worden seien.

Direktor Vrolat hat sich auf Grund dieser Vorwürfe an den Ausschussvorsitzenden der Brennstoffgesellschaft, Stadtrat Dr. Freilich, gewandt, und dieser hat sofort eine Untersuchung in die Wege geleitet. Direktor Vrolat selbst bekennt auf das allerentschiedenste, von irgendwelchen Betrügereien Kenntnis gehabt zu haben.

Wie weiter geht wird, schwelt gegen Vrolat bereits bei der Staatsanwaltschaft ein Ermittlungsverfahren wegen des Verdachtes der passiven Bestechung im Zusammenhang mit dem Elzars-Skandal.

Das neue französische Kabinett.

Lardieu Ministerpräsident.
André Lardieu hat Sonnabend ein Kabinett endgültig gebildet und begab sich sofort ins Elisee, um dem Präsidenten der Republik seine Mitarbeiter vorzustellen. Die Ministerliste lautet folgendermaßen: Ministerpräsident und Inneres: André Lardieu; Justizminister: Senator Lucien Hubert; Finanzminister: Senator Gheron; Auswärtige Angelegenheiten: Briand; Kriegsmittel: Maginot; Marine: Georges Leygues; Landwirtschaft: Sennery; Öffentliche Arbeiten: Fernot; Unterrichtssekretär für öffentliche Arbeiten: Wallarmé; Handel: Pierre Etienne Flandia; Luftfahrtminister: Laurent Eynac; Kolonien: Périer; Arbeitsminister: Louis Luchaire; Unterrichtssekretär: Pierre Mergand; Pensionsminister: Senator Gilet; Ministerium für Post, Telegraphen und Fernsprechanlagen: Germain Martin; Ministerium für Handelsmarine: Kollin. Aristide Briand hat erklärt: Ich betrachte die gegenwärtige Lage keineswegs von innenpolitischen Gesichtspunkten aus. Ich stelle mich einzig und allein auf den Boden der auswärtigen Politik, die meiner Ansicht nach gegenwärtig dominiert. In dem Augenblick, in dem internationale Verhandlungen von höchsten Interesse für Frankreich und für den Frieden zur Behandlung stehen, habe ich nicht das Recht, zu desertieren. Deshalb habe ich Daladier meine Unterstützung zugesagt und ebenso Clementel, und als André Lardieu, der stets ein ausgezeichneter Mitarbeiter für mich war, mich um meine Unterstützung ersuchte, habe ich sie ihm gegeben. Alle gegenwärtigen Gerüchte sind falsch.

Das Ministerkabinett ist zahlenmäßig das stärkste, das die dritte Republik je gekannt hat. Es besteht aus 19 Ministern und 13 Unterstaatssekretären. Im Innern ist festzustellen, daß sich die Gruppierung nach Parteien wie folgt zusammensetzt: acht linksrepublikaner, sechs Mitglieder der Radikalen Linken, zwei Sozialrepublikaner, zwei Mitglieder der Demokratisch-Sozialen Aktion, drei Mitglieder der Republikanisch-Demokratischen Vereinigung (Marin-Gruppe), zwei Mitglieder der Unabhängigen Linken, ein katolischer Deputierter.

Das Kabinett Lardieu.

Die französische Regierungstruppe und ihre Lösung war ein erlauchtes Schauspiel. Und zwar von Anfang an. Schon der Sturz des Kabinetts Briand war eine Überwindung, zumal dieser Ministerrat in einem Augenblick starker außenpolitischer Spannungen erfolgte, außerdem das Vertrauensvotum aus einem wirklich nicht sehr wichtigen und überzogenen wirkenden Grunde keine Mehrheit fand. Erkanntlich war auch die Weiterentwicklung. Der Rad links, den der Führer der „freireicheren“ Oppositionspartei, Daladier, dadurch herbeiführen wollte, daß er den Sozialdemokraten ebenso viele Sitze im Kabinett anbot, als er für seine eigene Partei vorgesehen hatte, ist an der Belegung des sozialistischen Vertreters — gecheitert, auch die offizielle Verantwortung für die Politik eines Kabinetts immer radikalistischer, also scharf links stehender Führung zu übernehmen. Obwohl man sich sowohl über das außen- wie das innenpolitische Programm eines solchen Kabinetts völlig einig geworden war! Und obwohl für die Entscheidung in dieser Frage noch nicht so ganz ohne Bedenken sein konnte, daß sowohl in England wie in Deutschland die Sozialdemokratie in den Regierungen die führende Rolle spielen! Erkennenswerterweise hat aber in Frankreich diese Partei nicht zugegriffen, als ihr die Beteiligung am Kabinett angeboten und sehr bequem gemacht wurde, blieb sie im Lager der Opposition, vielleicht deswegen, weil man dadurch bei den allerdings für 1932 fällig werdenden Neuwahlen zum Parlament reichere Früchte zu ernten hofft.

Während Erkundigungen erlangte sich nun auch im weiteren Verlauf der Krisis, spielen angebliche oder wirkliche Mißverständnisse, Mißdeutungen oder — Zutragen eine so erhebliche Rolle, daß auch der zweite Versuch scheiterte, ein zwar nicht ganz nach links orientiertes, sich mehr auf die Mitte stützendes Ministerium zu bilden. Und nun hat Lardieu ein Kabinett zusammengestellt, das sich von dem früheren Ministerium Briand höchstens dadurch unterscheidet, daß es noch weniger nach rechts geneigt ist, man es schon als „politisch“ bezeichnen kann. Und in diesem Kabinett sitzt als Minister des Auswärtigen auch wieder derselbe Briand, den vor kurzem die parlamentarische Mehrheit der jetzigen Regierung gestürzt hat! Sogar auch andere Minister, die bis vor kurzem dem Kabinett Briand angehörten, u. a. auch der Kriegsmittelminister Maginot, dessen Ansetzungsfrühe über die Durchführung der Abwehrandrängung vor kurzem in Deutschland Erläutern und Beförderung hervorbrachten.

Dem Kabinett Briand hatten die Radikalsozialisten bei seinem ersten Erscheinen vor der Kammer zwar kein Mißtrauensvotum ausgesprochen, sich vielmehr der Stimme enthalten; angesichts des jetzt erfolgten Rufes nach rechts konnten sie sich aber doch zu einer anderen Haltung, nämlich zur ausdrücklichen Ablehnung des Vertrauens für das Kabinett Lardieu, entschließen. Royakka will man zwar die neue Regierung aus ihren Taten“ beurteilen, aber es würde nicht übermäßiges Erläutern erweisen, wenn man mindestens ein großer Teil dieser Partei eine radikalere Oppositionspolitik betreiben würde. Für uns deutliche ist es von Wichtigkeit, daß in einer Entscheidung dieser Partei von der neuen Regierung ein unbegrenztes Festhalten an der „von Serriot im Jahre 1924 begangenen und von Briand fortgesetzten Freilassungspolitik“ verlangt wird. Den Beweis dafür, daß das Ministerium Lardieu eine Wendung in den deutsch-französischen Beziehungen nicht bedeutet, darf es allein schon durch die baldige Aufnahme der flüßigstweidig vertragenen Verhandlungen über die Annahme des Saargebietes erbringen. Man darf als Deutlicher die Bestätigung nicht verhehlen, daß Briands Politik wohl größeren Widerständen als bisher begegnen wird. Bietet man noch als das vielleicht Gerühmteste bei dieser an Selbstmitleiden reichen Geschichte der französischen Regierungstruppe die Mitteilung betrachten darf, daß Briand — offenbar im Hinblick auf die Entscheidung der Radikalsozialisten — sich in der Kammer ausführlich über die aktuellen Fragen der Außenpolitik äußern, also gerade das tun wird, was er als Ministerpräsident ablehnte und deswegen den äußeren Grund für seinen Sturz abgab. Man wird in Deutschland daher das, was Briand sagen oder — nicht sagen wird, wohl sehr genau prüfen müssen.

Politische Rundschau Deutsches Reich

Parlamentarische der deutschen Städte.
Die deutschen Städte über 50 000 Einwohner haben unter Führung ihrer Organisation, des Deutschen Städtebundes, einstimmig beschlossen, die schweren wirtschaftlichen Gefahren, die aus dem übermaß kurzfristiger Verschuldung ihnen und der gesamten Wirtschaft drohen, zu bannen. Der Abbau der kurzfristigen Verschuldung kann nur dadurch geschehen, daß durch weitgehende Einschränkung aller den außerordentlichen Haushalt belastenden Ausgaben zunächst alle Kreditanträge für neue Projekte verweigert wird und die so frei werdenden Beträge des inländischen Geldmarktes, soweit ihn die städtischen Bedürfnisse, Spar- und Giroanlagen, in der Hand haben, zur Konsolidierung der kurzfristigen Verschuldung verwendet werden. Die Stadtparlamente haben ihr Einverständnis mit diesen Plänen, ebenso haben die kleineren Städte und Gemeinden, vereinigt im Reichsstädtebund, ihren unumstößlichen gegenüber. Etwa zweifelhafte ist die Sache nur in bezug ihrer Auswirkung für einen etwa verminderten Wirtschaftsaufkommen ausfallen können.

Städtische Wirtschaft der Freizellen in Hamburg.
Der aus einem britischen, einem holländischen und einem deutschen Mitgliede bestehende Ausschuss, der am 30. Oktober in Hamburg zusammengetreten war, um gemäß Artikel 364 des Versailler Vertrages über die Verpachtung von Säulenplätzen an die Städtische Wasserwerke zu entscheiden, hat seine Arbeiten abgeschlossen. Er hat eine Entscheidung gefällt, wonach der Senat in Hamburg an die Städtische Wasserwerke Republik gewisse am Sollenfeldener Ufer gelegene Landstücke auf 99 Jahre verpachtet.

Frankreich.

Zerfällung des Pariser Kabinetts.
Einem überaus verurteilenswerten dummen Streich fiel am Sonntagabend der Pariser Ansturm zum Elisee. Der große Ansturm der Radio Paris teilte seinen Besuchen, daß König George V. von England ganz unvermittelt einem Herzog erlasse sei. Es stellte sich sehr bald heraus, daß die Pressefelle des Senders von einem Unbekannten, der sich als Beauftragter der Savagenagentur bezeichnete, gefälscht worden war. Die polizeilichen Nachforschungen nach dem Vererber der unautorisierten Tat sind im Gange.

Aus In- und Ausland

Berlin. Zur Befestigung des verstorbenen Fürsten von Balfow begeben sich am Dienstag der Reichsstatler Ministerpräsidenten Brüder, Staatssekretär von Schuler, Staatssekretär Fänder und Staatssekretär Wehmann nach Hamburg.

Berlin. Der italienische Botschafter Graf Aldobrandi ist nach Berlin zurückgekehrt und hat die Leitung der Botschaft wieder übernommen.

Berlin. In der Vernehmlichung wegen der Bombenattentate hat der Untersuchungsrichter den gegen den Gastwirt Gotthard Bengelstift erlassenen Haftbefehl aufgehoben, weil kein Nachverdracht begründet erscheint.

München. In München ist der im 61. Lebensjahr lebende Admiral a. D. Baldemar Willerhorn nach dem Großadmiral von Tirpitz fast nahe.

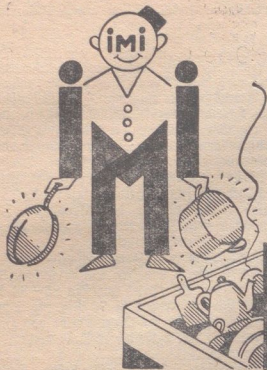
Paris. Der französische Botschafter in Brüssel, Maurice Herzette, der sich vorübergehend in Paris aufhielt, ist plötzlich gestorben.

London. Wie aus Halifax (Neuschottland) gemeldet wird, verwarfen die Wahlberechtigten von Neuschottland das seit 13 Jahren in Kraft befindliche Prohibitionsgesetz. Sie stimmten der Vorlage zu, nach der der Verkauf von Alkohol unter Regierungsaufsicht gestellt wird.

Tokio. Marquis Furuya, der von 1913 bis 1916 japanischer Botschafter in London war, ist gestorben. Von 1898 bis 1907 war Junzou japanischer Gesandter in Berlin.

Mag von Baden schwer erkrankt.

Verjüngungserregender Zustand.
Fritz War von Baden, der letzte Kanzler unter dem Kaiserreich, liegt seit einiger Zeit im Städtischen Krankenhaus in Konstantz schwer krank danieder. Der Zustand des Kranken ist verjüngungserregend. Der Fritz liegt im dreizehnten Lebensjahr. Er selbst am fast vorübergehenden Verjüngungserregung und verließ Sonntag in längerer Verjüngung. Demnach trat eine geringe Verjüngung ein, doch bleibt der Zustand ernst.



Wenn Sie mit **imi** Ihr Geschirr abwaschen,

bleibt kein Schleierhauch zurück!

Sehen Sie sich bitte einmal mit **imi** gesäuberte Geschirre an. Wie sie funkeln, glitzern, gleißen und blinken! Sie glauben den Glanz edler Steine zu sehen. Das liegt eben daran, daß **imi** restlos alles Fett auflöst und beseitigt, daß **imi** nicht das geringste Tipfelchen, nicht den leisesten Hauch zurückläßt. All die Hunderte Sachen

Ihres Geschirrschatzes aus Glas, Porzellan, Kristall, Metall, Holz und Stein sind im Augenblick klar und rein. Überall die leuchtende Frische! Wie **imi** aber die schmutzigsten Hausgeräte und Gegenstände (Spülbecken, Wannen, Fensterrahmen, Schelben, Spiegel, Fußböden, Putz- und Bohrer tücher, Mops usw.) erneuert, das müssen Sie selbst erproben, Sie leisten sich selbst den besten Dienst!

1 Eimer **imi** auf 10 Liter heißes Wasser = ein Eimer sorgfältig u. sparsam!



imi Henkels Aufwasch- Spül- und Reinigungsmittel für Haus- und Küchengerät aller Art
Hergestellt in den Persilwerken

Bekanntmachung.
Der Plan über die Verteilung der Jagdpachtgelder nach Abzug der der Genossenschaft zur Last fallenden Ausgaben für die Zeit vom 1. Juni 1928 bis 31. Mai 1930 liegt vom 6. November 1929 ab zwei Wochen während der Dienststunden in der hiesigen Gemeindefalle zur Einsicht der Jagdgenossen aus.
Gegen diesen Verteilungsplan kann jeder Jagdgenosse binnen zwei Wochen nach Auslegung bei dem unterzeichneten Jagdvorsteher Einspruch erheben.
Annaburg, den 4. November 1929.
Der Jagdvorsteher.

Donnerstag früh von 8 Uhr ab **frische Seefische** in frammer Eispackung.
J. G. Fritzsche.

Achtung! Hausfrauen!
Wäscherollen ist eine Leichtigkeit auf der neu aufgestellten **Elektrisch. Wäscherolle** bei **L. Hofmann** Torgauerstraße 20 — Telefon 230.

Stets frisch! **Hobelzdielen** (Spezialität)
Portland-Cement
Pa. Gips
Hohrgewebe
Schlemmtreibe
Deffillierter Feer
Karbolineum
Klebemasse
Dachpappe
Faltbanpappe
Gefächter Kalt
Nägel, Farb-
Eisenkleber
Zentföhren
Schweineträge
Ferkeltträge
Krippenschalen
Manierleine
Klinker, Lochsteine
Deckensteine
Schneerleifen
Ziherbreiter
aller Art
Schalbreiter
Schwarten f. Räume
und Holzfülle
Wagenbreiter
Dohlen, Latten
Balken, Kantholz
Fußbodenlager
Wandbohrer
Waschpfähle
Saunpfähle
Brühtröge
eich. Aderwalzen
Treppen (Spezialität), sowie
alle vorkommenden Bau- und
Rughölzer
empfehlen
Wilhelm Kunze

Bitte bedenken Sie, daß der **Miele-Staubsauger mit Isoliergehäuse** Ihnen das höchste Maß von Sicherheit gegen die Gefahren des Kurzschlusses gewährt,

da alle stromführenden Teile von dem Isoliergehäuse eingeschlossen sind. Staubkessel aus bestem Stahlblech, nahtlos gezogen. Hohe Saugwirkung. Gehäuse und Kessel mahagonifarbig. Der Miele-Staubsauger ist in seiner geschmackvollen gediegenen Ausführung eine Zierde für jeden Haushalt.

Preis Mk 165 —



Mielewerke A.G. Gitterloh/Wesfalen
Über 2000 Beamte und Arbeiter.
Miele-Staubsauger werden nicht durch Hausierer verkauft, sondern sind nur in den guten Fachgeschäften zu haben.

Miele-Fabrikate sind zu haben bei: **Fritz Rödler, Annaburg, Markt 19**

Eine **3 Zimmer-Wohnung,** Küche und Zubehör zum 1. Dezbr. zu vermieten. Zu erfragen in der Geschäftsstelle bs. V.

Für alle Fälle!
1 Jahre trockene **Ofenlängen** frei Haus empfiehlt **Wilhelm Kunze.**

Tägl. feinste marinierte **Heringe** sowie: **ff. Salzheringe** empfiehlt **Franz März,** Markt 19.

Mittwoch erwartet: **la. Räucheraal geräuch. Flundern** **Fledheringe** **Lachsheringe** **E. Krühmigen,** Markt 1.

Nestle's Kidermehl empfiehlt **J. G. Fritzsche.**

Kalender für das Jahr 1930

Torgauer Kreis-Kalender
Ruhnes Familienkalender
Lahner Sinkende Vote
Bergmanns Haus- und Familien-Kalender
Wachenhusens Familienkalender
Sraner Hauskalender
Köhlers Deutscher Kaiser-Kalender
Köhlers Kolonialkalender
Blumenhämid's Abreiß-Kalender sind vorrätig.

Herm. Steinbeiß Buch-, Papier- und Schreibwarenhandlung.

Pelzwaren!

Bubikragen modernster Ausführung in allen Fellarten. **Eigene Anfertigung.**

Herren-, Sport- u. Gehpelze **Damen-Pelzmäntel** bis zu den feinsten. — Umarbeitungen und Reparaturen schnellstens.

Wilhelm Waisch Kürschnermeister. **Einkauf roher Felle.**

Rechnungsformulare in allen Größen fertigt an **Herm. Steinbeiß, Buchdruckerei.**

Öffentliche Wählerversammlung am Donnerstag, den 7. Novbr., abends 8 Uhr spricht im Hotel „Waldschlößchen“ Herr Landtagsabgeordneter, Bädermeister **Hellwig** aus Halle über die Provinziallandtagswahlen.

Alle Einwohner Annaburgs sind hierzu eingeladen. Reichspartei des deutschen Mittelstandes. (Wirtschaftspartei) — Ortsgruppe Annaburg.

Gasthof zum Siegestranz. Heute, Dienstag, den 5. November

Kirmesfeier mit Unterhaltungs-Musik. Dazu empfehle ff. Speisen und Getränke. Freundlichst lobet ein **Gustav Dubro.**

Empfehle: **ff. Pflaumenmus** und diverse Sorten **Marmeladen** **Franz März,** Markt 19.

Rechnungshefte, Quittungshefte, Wechselhefte, Notizbücher, Notizbuchs, Agendas, Veleterheftbücher, Verteilbücher, Dienstbücher, Kontobücher aller Art empfiehlt **Herm. Steinbeiß,** Papierhandlung.

Selbstgebrannte Kaffees in Ia Qualität, stets frisch geröstet, empfiehlt **J. G. Fritzsche.** **Frachtbriefe** empfiehlt die Buchdruckerei

Bund Königin Luise Freitag, den 8. Novbr., abends 8 Uhr im „Waldschlößchen“ **Monats-Berammlung** u. Lichtbilder-Vortrag. Kameraden und Gäste sind freunds. dazu eingeladen. **Der Vorstand.**

Zurückgekehrt vom Grabe unseres lieben Entschlafenen drängt es uns, für die erwiesene Teilnahme, den reichen Kranzschmuck und das ehrende Grabgeleit herzlichsten Dank zu sagen. Besonders danken wir Herrn Pfarrer Schröd für die Trostesworte am Grabe, sowie seinen Mitarbeitern von der Reichsbahn, dem Arb.-Turn-Verein „Jahn“, der Fußball-Abteilung „Vorwärts“ und dem Industrieverband für die dem Dahingeshiedenen erwiesenen Ehrungen.

Die trauernde Familie Bey nebst Anverwandte. Annaburg, den 4. November 1929.

Redaktion, Druck und Verlag von Herm. Steinbeiß, Annaburg

Locales und Provinziales.

Zweites Aenderung im Berufsschulplan hatten sich auf Anregung der Berufsaufsichtungsstelle und im Anschluß der beteiligten Schreiner im Gasthof „Unter den Linden“ versammelt. Der Besprechung nach beabsichtigte der Schulleiter neben der theoretischen Schulung auch die praktische Unterweisung durch Fachleute (Schreiner) einzuführen, um den Schülern dabei gleichzeitig theoretisch-praktische Einblicke mit auf den Weg zu geben. Dieser Vorschlag fand allgemeine und freudige Zustimmung, kam aber nicht zur Annahme, denn die Schreiner lehnten einen Unterricht an zwei Nachmittagen in der Woche ab. Dies ist ja auch ganz erklärlich. Wie sollen denn diese in dieser spärlichen Zeit durchkommen, wenn ein erheblicher Teil der meist nur 3 Jahre dauernden Schreier durch Unterrichtsstunden während der Arbeitszeit genommen wird. Bei einer stündigen Arbeitszeit können die jungen Burgen an ein oder zwei Tagen noch ganz gut einige Stunden Unterricht am Abend genießen. Sie schlafen doch auch aus, wenn sie nachts bis zum Ablauf der Polizeistunden sich amüsieren oder Dummheiten treiben. Weshalb sollte diesen Burgen im Alter von 14-18 Jahren einige Stunden geistiger Arbeit nach förpörliger Schaben?

Merzschwitz (Kreis Wittenberg), 30. Oktober. Alfred Bennemann aus Döben, der seit dem 14. Oktober aus seiner Dienststelle in Merzschwitz entlassen worden war, wurde am 28. Oktober von der Landjägeri verfolgt, in der Nacht zum 29. Oktober in Sprotta (Kreis Delitzsch) verhaftet, nach Torgau abgeführt und dort sofort von 2 bis 6 Uhr morgens vom Oberstaatsanwalt vernommen, wobei er ein umfassendes Geständnis des Mordes an der Martha Magdowjewitz ablegte. Am 29. Oktober fand nachmittags in Merzschwitz ein Totolotum statt, bei dem der 20jährige seine Verbrechen im Jahr 1928 verurteilt wurde. Im Ausfall der Dienstverpflichtung Seide habe er das Mädchen verewaltigt, ihm Hals und Mund zugegriffen, sei dann ins Dorf gelaufen und nach etwa 30 Min. in den Ausfall zurückgekehrt. Dort habe er das noch nicht 16jährige Mädchen noch auf derselben Stelle liegend angegriffen, er habe es hochgehoben, wobei Kopf und Arme zurückfielen und dann gemerkt, daß das Mädchen tot war. Nachdem er die erste Notlosigkeit überwunden, habe er die Tote auf die Schultern genommen, aus dem Stall in den Gefäßwagen getragen, sei dann nochmals vorgefahren und habe einen Strick aus dem Ausfall geholt und dem Mädchen umgeschleift. Mit dem linken Arm habe er die Tote gehalten und mit dem rechten Arm den Strick um den Hals gemomert. Das Mädchen hat er dann hochgehoben und am Baum festgehüpft. Bekanntlich hatte die frühere Untersuchung zu der Annahme geführt, daß ein Selbstmord des Mädchens vorliege.

Großräthen (Kreis Calau). Hier prallte ein Motorradfahrer mit aller Gewalt gegen ein Gelspann, das von der Straße in einen Nebenweg einbiegen wollte. Bestimmungsgelassen blieben der Motorradfahrer und seine Begleiter an der Unfallstelle liegen. Der Arzt stellte bei beiden Armbrüche und bei der Begleiterin eine Unterleibsverletzung fest und veranlaßte die Überführung in das Krankenhaus.

Hoyerswerda. Richtig verunglückte der Lokomotivführer Karl Borchardt von hier auf der Straße Hoyerswerda-Wittichenau. Er kam vor einen Kraftwagen, wurde vom Auffahler erfaßt und zu Boden geworfen. Der Arzt konnte nur noch den inzwischen eingetretenen Tod feststellen.

Seine erste Frau

Roman von Max von Weissenthurn

Copyright by Martin Feuchtwanger, Halle (Saale)

„Meine Frau hat sich durch ihre Befürchtungen für unsere Knaben zu dem Schritt hinreissen lassen“, erklärte Baron Michael. „Sie haben gehört, wie Frau May dieselben mit sich genommen hat, ohne dabei irgendeine böse Absicht zu hegen, sondern einzig von dem Instinkt mütterlicher Sorgfalt getrieben und von dem Wunsch befeuert, Kinder zu haben, die sie liebevoll hegen und pflegen konnte.“

„Sie hat mir das alles bereits selber gesagt“, sagte der Doktor. „Sie hat mir gesagt — was ich auch unbedingt glauben möchte —, daß das Ereignis mit den Kindern dazu beigetragen hat, ihr die geistige Arbeit wiederzugeben. Es war ihr, als ob sie nach langem Traum zum Leben erwachte, und ich habe das Gefühl, daß sie das, was sie mir schiderte, auch tatsächlich so empfunden hat. Jedenfalls bin ich vollkommen durchdrungen davon, daß sie jetzt keiner anderen Aufsicht mehr bedarf als derjenigen liebevoller Freunde.“

„Ich war überzeugt, daß Sie diese Meinung fassen würden!“, sagte der Baron.

Philippine sah ihn forschend an.

„Hat sie nichts gesagt, was darauf schließen ließe, daß sie sich noch zeitweilige Halluzinationen hingibt?“, fragte sie. „Gestern erst hörte ich sie ganz bestimmte Dinge aussprechen, von Ereignissen, die sich im Laufe der Zeit zugetragen haben sollten.“

Der Doktor schüttelte den Kopf.

„Sie hat mir nichts Derartiges mitgeteilt“, sagte er; „Ihre einzige Befürchtung bestand darin, daß man sie ihrer Freiheit wieder berauben und von den Leuten entfernen könne, die gütig gegen sie gewesen sind. Sie erwachte besonders Ihre Knaben. Sie begte die Befürchtung, daß man ihr nicht gestatten werde, mit den Kindern noch weiter zusammenzutommen.“

Baron Michael wandte sich häufig an seine Frau.

„Wilst du sie bitten, an Fräulein Sarcourts Stelle für die Kinder Sorge zu tragen?“, fragte er sie.

Philippine jögerte.

Zwebedorf (Kr. Delitzsch), 29. Oktober. Nach Diebstahl Selbstmord. In der Nähe von Zwebedorf, an der Bahnhofsstraße Sorau, fand man den 20 Jahre alten Arbeiter Franz B. aus Kötzsch erschossen auf. Die Nachforschungen ergaben, daß B. Selbstmord verübt hat. Er hatte seinen Eltern 1400 Mark geliehen. Die ihm gemachten Vorkalkulationen nahm er sich zu Herzen, daß er den Plan zum Selbstmord faßte.

Zehlich. Eine Gasexplosion ereignete sich gestern abends gegen 8.30 Uhr im Hause des Oberwachmeisters Hanke in der Dessauer Straße. Durch Gasgeruch aufmerksam geworden ging der Bewohner Franke daran, die Ursache festzustellen. Zur Vorlicht nahm er weder Licht noch Streichholz mit. Das durch einen losgelassenen Schlauch ausgetretene Gas entzündete sich dann aber an einer kleinen im Hausflur brennenden Lampe. Die folgende Explosion hatte eine überaus heftige Wirkung. Neben herausgeschleuderten Fensterhebeln sah sogar starkes Mauerwerk in ganz beträchtlichem Umfange. Vom Dach wurden eine große Anzahl Ziegel heruntergeschleudert. Abgerissene Tapeten und beschädigte Möbelschilde konnten im Hause festgestellt werden. Im Küchenrand des Zimmers, in dem Gas austrat, und wo die eigentliche Explosion erfolgte, blieb kein Gefährte heil. Der Bewohner Franke und seine Frau, sowie die Tochter des Besitzers, wurden erheblich durch die Stichflamme verletzt und mußten sich in ärztliche Behandlung begeben.

Weserregelt b. Magdeburg. (Verzweigungslast eines Kriegsschiffschädigen). Der Invalide Roloff von hier kürzte sich in einen Schacht, nachdem er vorher Gift getrunken hatte. Er konnte nur tot geborgen werden. Als man seine Wohnung öffnete, fand man sein 6jähriges Töchterchen mit durchsichtlichem Hals tot. Das zweite, neun Monate alte Mädchen, das schwer verletzt war, gab noch Lebenszeichen von sich. Es besteht jedoch wenig Hoffnung, es am Leben zu erhalten. Der 8jährige Sohn des Invaliden, von dem man anfangs annahm, daß sein Vater ihn ebenfalls gelöst hatte, hat sich später wieder eingekunden. Roloff war bezirkt und litt an Mustelreumatismus. Seine Anträge auf Militärente sind vom Versorgungsgericht verchiedentlich abschlägig befrieden worden.

Wittenberge. (Wiedlebställe in der Altmark.) Die ständige Polizei ist einer größeren Zahl von Wiedlebställen, die in der Altmark entdeckt wurden, auf die Spur gekommen.

Illustration of a group of people and text: 'Haben Sie soviel Zeit?' 'Scheinbar ja, sonst würden Sie sich ein Konto bei der Girokassse zulegen und bargeldlos zahlen!' 'Girokassse der Gemeindeparkasse Annaburg'

Ein Viehhändler aus Lehnendorf hatte mit einem Transportauto die Röhre von der Weibe geholt und dann auf Braunschweiger Gebiet gefahren. Der Dieb gefand, daß er für 60-70000 Mark Röhre gestohlen hatte. Ein Teil des Viehes konnte ausfindig gemacht werden.

Weserlingen, 22. Oktober. Beim Röhreverladen erhielt der 24jährige Arbeiter Markgraf aus Madendorf (Altmark) von den ihm gemorbenen Pferden einen Schlag und stürzte zu Boden. Der Wagen ging über ihn hinweg. Der Verunglückte wurde dabei so schwer verletzt, daß er bald darauf starb.

Der erste Berliner Postkranke wird bald bezogen werden! In knapp 8 Monaten ist in Berlin in der Potsdamer Straße 75 das zwölfstöckige Kaiserreinerwaltungsgebäude fertig worden, das jetzt die Zentralverwaltung der Kaiserreiner G. m. b. H. aufnehmen soll. Braucht dem Kaiserreiner so viel Büroarbeits? Ja — denn von hier aus wird das über das ganze deutsche Heimatgebiet verzweigte Kaiserreinerunternehmen geleitet. 10 Kaiserreinerfabriken in Deutschland stellen fast 1/2 Million Kaiserreiner her. Auf Schiffen, in Güterzügen und durch Autos werden sie dem deutschen Lebensmittelfeld zugeführt, der sie an die Millionen deutscher Hausfrauen liefert. Die täglich Kaiserreiner auf den Kaffeetisch bringen. Mehr als 1000 Millionen Tassen Kaiserreiner werden monatlich in Deutschland getrunken; wie gut muß er sein!

Nah und Fern

Ein Drama im D-Bus. In einem Wagen des D-Buses Berlin-Berlinstraße wurden in Mannheim ein junger Mann namens Götz und ein Fräulein Jung, beide aus Ludwigshafen, mit schweren Schußwunden aufgefunden. Es dürfte sich um einen Selbstmordversuch handeln. Die jungen Leute wurden mit lebensgefährlichen Verletzungen ins Krankenhaus eingeliefert.

Größere Unregelmäßigkeiten bei einer Steuerfahndung. Bei der Steuernebenfahndung Karthaus bei Neuenhagen größere Vermutungen aufgedeckt worden. Der Steuerfahndungsleiter Eimer wurde in Untersuchungshaft genommen. Eimer hat gemeinschaftlich mit einem bereits abgeurteilten Volksbildungsbeamten 6300 Mark veruntreute Steuerbeträge fälschlich als an die Kasse abgeführt verbucht, außerdem für weitere 6000 Mark Steuerbeträge Raffenkittungen an die Steuerfahndung unverbußt ausgehändigt. Weiterhin hat Eimer in größerem Umfang von Hausfrauen und Gewerbetreibenden erhebliche Darlehen erschwindelt.

Tröstlicher Weltunfall eines Polizeimajors. Der 43-jährige Polizeimajor Fritz von Brocken, Führer der britischen Schutzpolizei in Breslau, erlitt bei einer Gefährdung der Reichswehr einen tödlichen Unfall. Beim Überprüfen eines Grabens sprang sein Pferd zu kurz und stürzte. Das Pferd des nachfolgenden Reiters stürzte ebenfalls und trat auf den Boden liegenden Polizeimajor. Dessen wurde der Brustkorb eingedrückt, femer erlitt er eine Verrenkung. Nach der Entlieferung ins Krankenhaus starb er. Von Brocken war im Kriege Generalstabsoffizier.

Schweres Schicksal für ein Steinbruch. In einem Steinbruch in Witten-Bären kam beim Ziehen eines Schusses der Schuß auf noch ungeklärte Weise zur Explosion. Ein Schiefermeister, der mit dem Ziehen des Schusses beschäftigt war, und ein Steinhauer fanden den Tod.

Überstreben fügte sich der Baron, und nach kurzem Abschied fuhr er mit seiner Frau wieder nach Hause.

Frau May war ins Doktorhaus zurückgekehrt, und es wurden alle Vorbereitungen getroffen für die Heile, die sie mit den kleinen Turners baldigst antreten sollte.

Am Tage, bevor die Heile nach dem Seebad angetreten werden sollte, mußte Philippine wohl oder übel Frau May auffuchen. Sie war zu der Ueberzeugung gekommen, daß Frau May das Geheimnis des Zusammenstehens im Seebad gewahrt hatte. Mit freudlichem Lächeln bot sie deshalb Kitty die Hand.

„Es ist tatsächlich ein Vergnügen, zu sehen, wie Sie sich während dieser wenigen Tage der Ruhe erholt haben“, sagte sie, indem sie Kittys wiederbreitende Hand festhielt und ihr unterwärtig in die Augen sah. „Sie erschienen mir um ein Duzend Jahre jünger. Ich sagte dem Baron, daß es Ruhe sei, deren Sie benötigen, und ich habe damit offenbar das Richtige getroffen. Hegen Sie keinen Groll gegen mich“, fügte sie in abtönendem Tone hinzu, „bedenken Sie, daß, als ich Doktor Brimmer veranlaßte, Sie in die Krankenheilstätte zurückzunehmen, ich dies nur tat, weil ich dachte, daß es wirklich das Beste für Sie war.“

Kitty lächelte bitter.

„Wirklich, Baronin?“ entgegnete sie. „Ich dachte, Sie befürchteten, ich könnte etwas ansagen, was ich geüben hatte. Man hätte meinen Bericht so möglicherweise Glauben schenken können!“

Philippine lächelte affektiert und wurde über und über rot.

„Ich dachte“, rief sie, „Sie seien viel zu gutmütig, um jemand an seine Sünden zu mahnen.“

„Ich wollte Sie nur an mein Verprechen erinnern, Ihr Geheimnis zu wahren“, entgegnete Kitty ernst; „ich verbrach es nur unter der Voraussetzung, daß nie mehr Rechtliches vorkommen würde!“

„Das konnte ich leicht geloben“, versetzte Philippine leichtfin. „Es war überhaupt eigentlich nur ein mütterlicher Riß, den ich dem jungen Manne gab, wenn Sie auch zu puritanisch veranlagt sind, um das zu begreifen. Er war sehr betrübt wegen der Krankheit seines Vaters und ich wollte ihm Trost bieten. Natürlich glauben Sie mir das nicht!“

(Fortsetzung folgt.)

Annaburger Zeitung

Wochenblatt für Annaburg und die umliegenden Gemeinden

Erscheint wöchentlich dreimal, am Dienstag, Donnerstag und Sonnabend, nachm. 3 Uhr.
Bezugspreis wird monatlich festgesetzt.
Bestellungen nehmen alle Postämter und die Geschäftsstelle Zörgenricher, 3. entgegen.
In Fällen höherer Gewalt, Streik, Betriebsstörung usw. ersicht jeder Anspruch auf Vierzehntel bezw. Rückzahlung des Bezugspreises.

Amthliches
Publikations-Organ



für Amts- und
Gemeinde-Behörden

Die Anzeigengebühr beträgt für den 1 Millimeter hohen Raum 5 Goldpfennig, für außerhalb Wohnende 7 Goldpf., für Anzeigen im amtlichen Teil 10 Goldpf., im Beklemler 30 Goldpf., einzeln, Umlagesteuer, Schlichter und tabellarischer Satz mit Ausschlag.
Anzeigen-Aufnahme bis Dienstag, Donnerstag und Sonnabend vormittags 8 Uhr, Anzeigen größerer Umfangs werden tags vorher erbeten.

Telegr.-Adresse: Zeitung Annaburgbezahle.

Nr. 132

Dienstag, den 5. November 1929.

32. Jahrg.

Das Volksbegehren angenommen

Ergebnis des Volksbegehrs.

10,06 Prozent.

Nach dem beim Reichstagsrat bis zum 2. November, abends, eingegangenen Meldungen stellt sich das Ergebnis wie folgt: Zahl der Stimmberechtigten 41 073 439, Zahl der Eintragungen 4 133 812, mithin Beteiligungssiffer 10,06 Prozent. Gemessen an der Gesamtzahl der Stimmberechtigten (41 278 897) lagen die Eintragungsziffern aus 99,50 Prozent des Reichsgebietes vor. Es fanden noch aus die Ergebnisse aus zehn Gemeinden des Stimmkreises Nr. 24 (Oberbairern-Schwaben) mit rund 1770 Stimmberechtigten und aus Teil des Stimmkreises 25 (Niederbairern) mit rund 203 170 Stimmberechtigten. Für die übrigen 33 Stimmkreise lagen die vorläufigen Eintragungsergebnisse vollständig vor.

Das lächelnde vorläufige Ergebnis wird nach der Feststellung noch durch den Wahlprüfungsausschuss durchgearbeitet und nach dieser Durchsicht erfolgt die endgültige amtliche Bekanntmachung, wenn auch alle etwaigen Einsprüche und Beschwerden erledigt sind.

Sittler über die Staatsform.

In einem am Sonnabend veröffentlichten Artikel rügt der Nationalsozialist Sittler die Haltung des Kronprinzen Anthony zum Volksbegehren und erklärt, die nationalsozialistische Bewegung habe bisher die Frage Monarchie oder Demokratie nicht berührt. Wenn aber die Monarchie selbst wenig Wert auf eine solche Meinung legen, dann werde das der Anlaß sein, eine gründliche Überprüfung der nationalsozialistischen Einstellung vorzunehmen. Sittler halte es bei solchen Erfahrungen für richtig, von nationalsozialistischer Seite die Republik als Staatsform einseitig anzuerkennen und nur der Novemberdemokratie den reichsstaatsrechtlichen Kampf anzujagen und weiter durchzuführen.

Das Echo der Presse.

Der Ausgang des Volksbegehrens hat in der gesamten Tagespresse eine lebhaftes Echo gefunden. Die meisten Blätter erörtern die Frage „Was nun?“ Einzelne Zeitungen begnügen sich freilich damit, das Resultat selbst zu kritisieren.

So spricht der deutschnationalistische Berliner „Volkswacht“ von den enttäuschten Hoffnungen der Wähler auf die Errichtung der Aktion des Reichsausschusses. Er meint weiter: „Es ist leicht zu erahnen, wie ganz anders noch äußerlich und innerlich der Sieg des Volksbegehrens sich darstellen würde, wenn nicht von oben herab ein organischer Fehler ... Millionen von Deutschen des ihnen in der Verfassung von Weimar verbürgten grundlegenden staatsbürgerlichen Rechtes beraubt worden wären.“

Die Deutsche Tageszeitung sieht im Ergebnis des Volksbegehrens zwei politische Dämme, den erfolgreichen interparteilichen Abwehrkampf gegen die rote Diktatur und die „nachhaltige Hilfe außenpolitischer Verbündeter“. Dagegen bedauert das Blatt, daß das Volksbegehren „eine Frontbildung in deutschen Volk gezeigt hat, die ... vollkommen unzureichend ist.“ Bei der Einleitung des Unternehmens habe man doch „mancherlei“ Stimmungen und Zuspätkommen nicht ausreichend abgesehen, sondern der Parteibonanz allein einen zu großen Raum gewährt.

Die Berliner „Volkswacht“ Zeitung, das Organ der deutschnational eingestellten Wirtschaftspartei, weist auf „das völlige Versagen des dichtbesetzten Reichens und Südens“ hin. Das Blatt meint weiter, es werde sich nun herausstellen, ob die Energie, die es in der realistisch eingeleiteten Hebung der Rechten gab, jetzt den richtigen Anstoß fänden.

Aber die Folgerungen, die sich aus der Annahme des Volksbegehrens ergeben, läßt sich die der Deutschen Volkspartei nachschiebende „Volkswacht“ in keine Zeitung aus ... Wie die Dinge jetzt liegen, besteht die große Gefahr, daß die Außenpolitik die Zehne behält. ... Es wäre höchst schädlich, wenn die Regierung überreife ... das läßt dreimalige Tod des Young-Planes fortgehen würde.“

Das Gauorgan desentrums, die Germania, gibt als Dittmeisterscher Betrachtungen dem Bedauern darüber Ausdruck, daß unser politisches Leben den zerrissenen Kampf noch einmal ertragen muß. Er wird ... so erwartet das Blatt die Front der Vermittler nur noch enger zusammenzuführen als bisher.

Zu der gleichen Folgerung kommt die demokratische Volkswacht Zeitung: Sie sagt: „Nach Monate hindurch wird diese Verwirrung dauern. Noch weiter werden Tag für Tag Mittel und Scham über das Land ausgegossen werden.“

Das demokratische Berliner Tageblatt, das an einem negativen Ausfall des etwaigen Volksentscheides nicht zweifelt, kommt zu ähnlichen Schlüssen. Es heißt da: „Die deutschen Wirtschaftskräfte sind vielleicht beunruhigt bei dem

Gedanken, daß die Fortdauer der Agitation, die Herr Sygenberg mit Hilfe des reichen Erbigen Erben und des Herrn Böglers ... veranstaltet, dem Geschäftsleben neuen, schweren Schaden zufügen wird.“

Der „Vorwärts“, das Organ der Sozialdemokratischen Partei, spricht sich über den Zustand der Reichsregierung im Hinblick auf das Volksbegehren aus und meint: „Bei der Geheimabstimmung des Reichsausschusses werden die Verhältnisse sich fragen, wo die Unterzeichner geblieben sind, wie sie jetzt dergleichen Umständen nach den fehlenden eigenen Wählern halten müssen.“

Die erste Etappe.

Es war ein harter, erbitterter Kampf, es war ein Rennen, bei dessen „Finis“ die Gegner des Volksbegehrens und seine Befürworter sozulagen „Kopf an Kopf“ dem Ziele zustrebten. Wer macht das Rennen? Kriegen die Freunde des Volksbegehrens die notwendigen 4,1 Millionen Stimmen oder behalten die Gegner im Gegenlager recht, die — was für diese allmähliche Feststellung des Endresultats überaus bezeichnend ist — noch in letzter Stunde das Scheitern des Volksbegehrens glauben voraussetzen zu können? So fragte man sich immer und immer wieder, so — wurde man gefragt und wußte doch nichts. Wußte als vornehmer Mann an dessen immer nur antworteten: „Warten, bis das Resultat da ist!“

Und das ist nun das für das Weiterreichen des Volksbegehrens Gegenwurfs notwendigen Stimmen sind in genügender Zahl abgegeben, die 4,1-Millionen-Grenze ist noch etwas überschritten worden und die begriffliche Spannung ist gelöst. Begreiflich natürlich ist auch die Befriedigung, mit der von den Urhebern und Freunden des Volksbegehrens die Entscheidung begrüßt wird.

Und immer wieder betonen die Freunde des Volksbegehrens, daß dieser für Sieg errungen worden ist gegen große und unermessliche Widerstände. Doch auch auf dieser Seite verhält man nicht die Augen davor, daß es den hinter dem Volksbegehren stehenden Parteien nicht gelungen ist, alle jene zur Einschätzung zu veranlassen, die bei der Parteien für jene Parteien

Aber die Ergebnisse sind zum Teil das genaue Gegenteil der erhofften, das Ergebnis ist nicht das, was man sich erhofft hat.

Die Ergebnisse sind zum Teil das genaue Gegenteil der erhofften, das Ergebnis ist nicht das, was man sich erhofft hat.

Die Ergebnisse sind zum Teil das genaue Gegenteil der erhofften, das Ergebnis ist nicht das, was man sich erhofft hat.

Die Ergebnisse sind zum Teil das genaue Gegenteil der erhofften, das Ergebnis ist nicht das, was man sich erhofft hat.

Die Ergebnisse sind zum Teil das genaue Gegenteil der erhofften, das Ergebnis ist nicht das, was man sich erhofft hat.

Die Ergebnisse sind zum Teil das genaue Gegenteil der erhofften, das Ergebnis ist nicht das, was man sich erhofft hat.

Die Ergebnisse sind zum Teil das genaue Gegenteil der erhofften, das Ergebnis ist nicht das, was man sich erhofft hat.

Meine Zeitung für eilige Leser

* Am Mittwoch findet eine Besprechung des Reichsausschusses mit den Führern der Regierungsparteien statt, in der dem Reichstag nach über die Umbildung des Reichsausschusses entschieden werden soll.

* Bei den Behörden ist seit den Vortagen über Geheimnissen einbedeutend, aus dem hervorgeht, daß hohe städtische Beamte von Starcks Zuwendungen erhalten haben.

* Bei der Landung des Luftschiffs „Prof Zeppelin“ in Friedrichshafen ereignete sich ein Unfall. Ein Mitglied der Beobachtungsmannschaft wurde von dem wieder hochgehenden Luftschiff mit emporgeworfen, stürzte aus 12 Meter Höhe ab und erlitt schwere Verletzungen.

setzung. Ist sie wirklich erfüllt, dann würde aus dem Gegenwärtigen des Volksbegehrens Geleit werden, wenn die Mehrheit jener 20,5 Millionen mit „Ja“ gestimmt hat. Das zu erreichen, also genügend Stimmberechtigte in die Abstimmungstafel zu bringen und sie dann zum „Ja“ zu veranlassen, dafür dürften der Reichsausschuss für das Volksbegehren und die hinter ihm stehenden Parteien schon beim Ansatze zu dem Entscheidungssatz, also wohl sehr bald, alle Kräfte einleiten.

Die Umbildung der Reichsregierung.

Wird Dr. Curtius definitiv ernannt?

Zur Mittwoch, den 6. November, sind die Führer der Regierungsparteien von Reichsausschuss Müller zu einer Konferenz zusammenberufen worden. In manchen Kreisen wird angenommen, daß in dieser Sitzung endgültig die Bestellung des Ministers Dr. Curtius zum Reichsausschussminister als Nachfolger Dr. Stresemanns vereinbart werden soll. Somit müßte auch schon ein Erlaß für Dr. Curtius im Reichswirtschaftsministerium, das Dr. Curtius bisher verwaltete, gefunden sein. Das ist nun fast allerdings noch an besonderen Wünschen festhalten. Es möchte bekanntlich seinen Vertreter aus dem Reichsausschuss in die Reichsregierung zurückziehen, dafür aber an anderer Stelle aufgestellt werden. Die Volkspartei möchte in das Reichswirtschaftsministerium ihren Angehörigen, den Abgeordneten Lorey, einbringen.

In der Besprechung soll auch über die Frage des Reichstagszusammentritts verhandelt werden, der für Anfang Dezember geplant ist. Vielleicht würde der Reichstag dann zunächst über den durch das Volksbegehren geforderten Gegenwärtigen beraten.

Die Ergebnisse für das Volksbegehren betragen nach den bis Montag eingelangten Meldungen 1 146 342, was also 10,04 Prozent der gesamten Stimmberechtigten betrage. In folgenden Wahlkreisen hat das Ergebnis eine Änderung erfahren: Niederbairern 19 041 Stimmen gleich 2,44 Prozent, Berlin 95 636 gleich 6,21 Prozent, Breslau 161 296 gleich 13,32 Prozent, Leipzig 110 602 gleich 11 Prozent, Thüringen 240 837 gleich 16,34 Prozent, Südniederrhein und Braunschweig 113 516 gleich 11,02 Prozent, Düsseldorf-Ost 29 371 gleich 2,01 Prozent, Baden 32 805 gleich 2,16 Prozent und Oberbairern-Schwaben 68 904 gleich 4,28 Prozent.

Der Führer der Deutschpolnischen Arbeitspartei, Wulle, hat den Reichsausschuss für das Volksbegehren aufgefordert, die einverwandten Parteien im Reichstag zu einem Antrag zu veranlassen, daß die Unterzeichnung einer für Deutschland verbindlichen Verpflichtung auf der Grundlage des Young-Planes erst nach vollzogener Klärung des Rheinlandes erfolgen dürfe und daß das Abkommen außer Kraft tritt, solange deutsches Gebiet wieder besetzt oder die Unantastbarkeit des deutschen Gebietes irgendwie verletzt wird.

Gewerkschaften zum deutsch-polnischen Handelsvertrag.

Telegramm an das Auswärtige Amt. Die gewerkschaftlich organisierte Arbeitnehmerkraft der Provinz Niederschlesien, insbesondere der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, Ortsausschuß Breslau, der Deutsche Gewerkschaftsbund, Landesausschuß Niederschlesien, und der Gewerkschaftsbund Deutscher Arbeiter, Angestellten- und Beamtenverbände hat in einem an das Auswärtige Amt gerichteten Telegramm den Wunsch ausgesprochen, im Hinblick auf die erste wirtschaftliche Lage, die dringender Abhilfe bedürftig, die Verhandlungen für den Abschluß des deutsch-polnischen Handelsvertrages von deutscher Seite mit aller Energie alsbald einem glücklichen Ende entgegenzuführen.

